



## Niederschrift

5. Plenarsitzung des Gemeinderates  
17. Dezember 2024, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

## Punkt 7 der Tagesordnung: Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über die Gebühren der Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung)

Vorlage: 2024/0893

### Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Betriebsausschuss Eigenbetrieb Abfallwirtschaft und Stadtreinigung

- a) die in **Anlage 1** beigefügte „Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über Gebühren für Abfallentsorgung“ (Abfallgebührensatzung) vom 9. Mai 1989, zuletzt geändert am 28. November 2023
- b) die vollständige Einbeziehung der Überdeckung der Gebühren für Restmüllbehälter bis 1,1 cbm aus 2022 in Höhe von 999.839,76 Euro in die Gebührenkalkulation 2025
- c) die teilweise Einbeziehung der Unterdeckung der Annahmgebühren auf der Umladestation Schlehert aus 2023 in Höhe von 23.519,44 Euro in die Gebührenkalkulation 2025
- d) die vollständige Einbeziehung der Unterdeckung der Gebühren für Abfallmulden- und Presscontainer aus 2021 in Höhe von 45.520,57 in die Gebührenkalkulation 2025
- e) die Zurückstellung der Entscheidung bis zur nächsten Gebührenkalkulation für 2026 über die Verwendung der verbleibenden Unterdeckung 2022 (saldiert 262.891,17 Euro) sowie der verbleibenden Unterdeckung 2023 (saldiert 320.606,97 Euro), insgesamt saldierte Unterdeckung in Höhe von 583.498,14 Euro (Anlage 3).

### Abstimmungsergebnis:

Mehrheitliche Zustimmung (34 Ja, 11 Nein)

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 7 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Betriebsausschuss Eigenbetrieb Abfallwirtschaft und Stadtreinigung am 21. November 2024.

**Stadtrat Seidler (AfD):** Die in der Beschlussvorlage ausgeführten Gebührenerhöhungen sind der Vorgabe geschuldet, dass die erhobenen Gebühren kostendeckend sein müssen. Die Stadtverwaltung macht geltend, dass neben den hohen Steigerungen bei den Personalkosten nun auch die Kosten für die Wertstoffsammlung durch Knettenbrech + Gurdulic über den Gebührenhaushalt ausgeglichen werden müssen und dies eine Erhöhung der Restmüllgebühren um 14 Prozent erforderlich macht. Letzteres setzt ein fatales Signal. Karlsruher Bürger mussten in diesem Jahr erfahren, dass sich die versprochene Fortführung des Vollserves in Luft aufgelöst hat, weil die von der Stadtverwaltung ausgehandelte Abstimmungsvereinbarung mit den dualen Systemen, vorsichtig ausgedrückt, suboptimal gewesen ist. Die Leistung von Knettenbrech + Gurdulic war bisher nicht zufriedenstellend. Es bleibt ungewiss, ob es in den kommenden Jahren 2025 und 2026, in denen die Firma noch den Auftrag hat, wesentliche Verbesserungen gibt, und als extra Malus winkt nun eine Gebührenerhöhung bei der Reststofftonne. Wollen wir das den Karlsruher Bürgern so zumuten?

Kostendeckung im Gebührenhaushalt lässt sich nicht nur durch Gebührenerhöhungen, sondern auch durch Kostensenkungen erreichen. Durch den Wegfall der Wertstoffsammlung reduziert sich zum Beispiel der Personal- und Geräteinsatz und der Verbrauch von Betriebsmitteln und Energie in erheblichem Umfang. Unklar ist, welche Effekte dies auf die Kostenstruktur des TSK hat. In der Beschlussvorlage vermissen wir auch jeglichen Hinweis, welche Anstrengungen zur Kostensenkung unternommen werden. Ohne ernsthafte, nachvollziehbare Bemühungen zu Kostensenkungen wollen wir keine Gebührenerhöhungen mittragen. Die AfD-Fraktion wird aus den genannten Gründen die Beschlussvorlage ablehnen.

**Stadtrat Dr. Noé (FDP/FW):** Alle Jahre wieder befassen wir uns selbstverständlich mit diesem Thema der Gebührenerhöhung. Das ist in Ordnung. Die Kosten sind gestiegen, die Personalkosten sind gestiegen, all das ist nachvollziehbar. Es ist aber für unsere Fraktion schwerstens den Bürgern zu vermitteln, dass, und es ist ausgeführt, auch aufgrund der Wertstoffentsorgung und der entsprechenden Schlechtleistung nun die Gebühren erhöht werden sollen. Das können wir dem Bürger nicht erklären, und deswegen können wir heute diese Erhöhung nicht mittragen.

**Stadtrat Dr. Fechler (SPD):** Primär wollten wir als SPD-Fraktion nicht zu dem Punkt sprechen, aber nachdem zwei Fraktionen der Meinung waren, zu einem Thema zu sprechen, was inhaltlich per se erst einmal nichts miteinander zu tun hat, möchte ich die Abstimmung vor anderthalb Jahren in Erinnerung rufen, als es genau um dieses Thema ging, um das Thema der Wertstofftonne. Es gab eine Mehrheit auf der von mir aus linken Seite im Haus, die sich genau dafür ausgesprochen haben, dass der Vollservice in seiner bisherigen Form fortgeführt wird. Es gab den eindeutigen Hinweis darauf, dass es entsprechend dieses Defizit geben wird. Es ist letztendlich eine logische Folgerung: wer A sagt, muss auch B sagen. Und sich jetzt hier hinzustellen und so zu tun, als ob man mit dieser ganzen Entwicklung nichts zu tun hat, ist in gewisser Weise, um jetzt eine Stimme aus der gestrigen Debatte im Bundestag zu zitieren, bodenlos.

In diesem Sinne halten wir das als SPD-Fraktion nicht für wegweisend, und wir werden genau jetzt der Erhöhung der Satzung zustimmen. Die weitere Debatte müssen wir abwarten. Mehr ist eigentlich dazu nicht zu sagen von unserer Seite.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Dann werden wir doch alle dazu sprechen. Lieber Kollege Fechler, das bin ich nicht von Ihnen gewohnt, solche Wortwahl, auch wenn Sie jetzt den Bundestag von gestern zitieren. Ich fand dort vieles unterirdisch, muss ich ganz ehrlich sagen, egal von wem, aber das jetzt hier so reinzubringen. Ich fand die Äußerungen des Kollegen Noé nicht bodenlos, es war einfach erklärend. Ich weiß nicht, ob Sie auch draußen mit Bürgerinnen und Bürgern sprechen, dort ist gerade ganz schön die Hölle los. Das ist nicht bodenlos, sondern dort ist wirklich vieles, was da nicht verstanden wird.

Ebenso möchte ich in den Bereich der Fabel zurückverweisen, Ihren Vergleich mit der letztjährigen Entscheidung. Die hatte nämlich nichts mit Knettenbrech + Gurdulic und dem Schlecht-Service zu tun, sondern das hat ganz andere Punkte. Und wer weiß - wenn ich schon Märchen zitiere -, wer weiß, ob es nicht vielleicht noch viel schlimmer geworden wäre, wenn wir den Wertstoff noch weiter eingeschränkt hätten, aber das möchte ich gar nicht feststellen. Ich denke, wir haben hier eine Gebührenerhöhung, die ist mit Sicherheit auch, und das haben alle Vorredner gesagt, in erster Linie auf die gestiegenen Lohnkosten zurückzuführen. Von daher werden wir diese Erhöhung auch so mittragen.

Aber jetzt hier wieder das ganze Müllthema hochzuzoomen, ist einfach falsch und ist fehl am Platze in dem Bereich. Das jetzt der ein oder andere sich dann hier auch noch zu solchen Wortäußerungen hinreißt, das finde ich nicht passend.

**Stadträtin Berghoff (Die Linke):** Ich hatte eigentlich auch nicht geplant, zu dem Thema zu sprechen, sondern direkt abzulehnen. Wir sind Linke, wir lehnen Gebührenerhöhungen ab. Ich möchte mich aber distanzieren von den Beweggründen, die von der anderen Seite dieses Raumes kommen. Wir lehnen das ab, weil wir finden, dass wir das den Bürger\*innen im Moment nicht zumuten können, ohne diese ganze Mülldiskussion, aber mit politischen Beweggründen und um dieses Fass wieder aufzumachen, und ich finde es unnötig.

**Der Vorsitzende:** Ich will nur an einer Stelle korrigierend darauf hinweisen, dass wir die Gebührenerhöhung nicht mit den Schlechtleistungen von K+G begründen. Das wurde hier so dargestellt. Das hat nichts miteinander zu tun. Die Schlechtleistungen sind im Moment auch auf etwa 30 Beschwerden pro Woche heruntergegangen. Also wir sind auf dem Weg, aber das können wir anderswo diskutieren. Hier geht es jetzt erst einmal nur um die Anpassung an die gestiegenen Kosten in verschiedenen Bereichen. Wir haben an sich immer die Verpflichtung, kostendeckend zu arbeiten. Insofern können wir daraus auch kein dauerhaftes Zuschussgeschäft machen, und das ist einfach ein Stück weit der Job, den wir hier miteinander zu erbringen haben.

Ich rufe damit jetzt zur Abstimmung auf.

**Stadtrat Hock (FDP):** Herr Oberbürgermeister, Entschuldigung, dass ich mich noch einmal melde, aber der geschätzte Kollege Dr. Fechler hat wahrscheinlich verkannt, wie die damalige Abstimmung war. Er hat nur auf die linke Seite hingewiesen, aber dass die Abstimmung so ausging, mit einer Stimme der SPD-Fraktion, bitte, das möchte ich ins Protokoll geben, vergessen Sie das nicht, weil das war nämlich der Punkt, wieso wir damals auch eine Mehrheit hatten, und vielleicht hatten Sie es vergessen. Ich wollte es Ihnen einfach nur in Erinnerung führen, weil das Bodenlose, muss ich ganz ehrlich sagen, es geht gar nicht.

Sie hätten mich nicht auf den Plan gerufen, um Ihnen das noch einmal zuzurufen, aber ich finde es inakzeptabel, die Wortwahl.

**Der Vorsitzende:** Jetzt stimmen wir ab, und zwar ab jetzt. – Also wir haben eine Mehrheit für die Abfallgebührensatzung.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –  
3. Januar 2025